

12. Juni 2007, 00:00 Uhr

Von Gisela Kirschstein

**KRITIK AM KURS DER BUNDESSPITZE WÄCHST - HEFTIGE DISKUSSIONEN IN DEN KREISVERBÄNDEN - STAATLICHE ZUSCHÜSSE FÜR HANDLANGER-TÄTIGKEITEN?**

## **Warum sich die CDU-Basis nach dem Mindestlohn sehnt**

**Mainz - Der Koalitionsstreit über den Mindestlohn wird an der CDU-Basis argwöhnisch beäugt: Mit Kopfschütteln verfolgen die Parteimitglieder in den Ländern, wie sich ihre Parteispitze in Berlin gegen einen flächendeckenden Mindestlohn stemmt. In den Kreisverbänden wird das indes ganz anders gesehen: "Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland", sagte der Kreisvorsitzende der CDU in Bitburg-Prüm, Michael Billen. Wer einen Vollzeitjob mache, müsse davon auch leben können: wohnen, essen, sich kleiden. "Es ist doch unwürdig, jemanden, der voll arbeitet, noch zum Sozialamt zu schicken", meint Billen.**

Der Eifeler Bezirkschef weiß in diesem Punkt "eine Menge" Parteimitglieder hinter sich: "Die Mehrheit an der Basis ist meiner Meinung", sagt er selbstbewusst. Auch das rheinland-pfälzische CDU-Vorstandsmitglied Josef Zolk stimmt zu: "Es gibt in den Kreisverbänden verstärkt Diskussionen zu dem Thema - und dabei spricht man sich für den Mindestlohn aus."

Zolk war bis vor wenigen Wochen Landeschef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Rheinland-Pfalz. Erste Landesverbände der CDA, etwa in Baden-Württemberg, hätten sich bereits offiziell für den Mindestlohn ausgesprochen, berichtet er, auch in Nordrhein-Westfalen würde lebhaft diskutiert. Auf dem Parteitag der CDU in Rheinland-Pfalz Mitte Mai hatte Zolk das Thema ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt. "Hätten wir an dem Tag darüber abgestimmt, hätten wir für einen Mindestlohn votiert", sagt er - auch wenn sich CDU-Landeschef Christian Baldauf weiter dagegen ausspricht. Die Haltung der Basis speist sich zu einem guten Teil aus christlichem Verständnis: Schon Papst Leo XIII. habe 1891 in seiner Sozialzyklika geschrieben, wer voll arbeite, müsse sich auch von dem, was er erwirtschaftete, ernähren können, unterstreicht Zolk. Auch Billen argumentiert so: Als Christ könne er doch nicht zusehen, wie Menschen mit niedrigsten Löhnen ausgebeutet würden. "Wir haben immer noch Branchen, etwa die Zusteller oder die Sicherheitsbranche, in denen so schlecht bezahlt wird, dass die Menschen nicht von ihrem Einkommen leben können", kritisiert er, und: Es könne doch nicht gewollt sein, dass die Firmen niedrigste Löhne zahlten und der Staat das über Zuschüsse ausgleichen müsse.

"Hartz IV plus einen Schluck obendrauf, das muss der Mindestlohn sein", fordert Billen; 7,50 Euro müssten schon sein, sonst gebe es "ja keinen Anreiz, arbeiten zu gehen". Der Schwarzmarkt zeige doch, dass die Preise gezahlt würden. "Wir legen damit eine Anstandsgrenze fest", unterstreicht Billen. Die Argumentation der CDU-Parteispitze, mit dem Mindestlohn würden Arbeitsplätze vernichtet, teilt die Basis nicht: 90 Prozent der EU-Länder hätten Mindestlöhne, ebenso die USA, ohne nachteilige Folgen, sagt Billen.

Die meisten niedrig bezahlten Arbeitsplätze lägen im Dienstleistungsbereich - und gerade diese Jobs ließen sich gar nicht in andere Länder verlagern. "Es fährt doch niemand zum Haarschneiden nach Polen, und es transportiert niemand seine Wohnung zum Putzen dorthin", sagt Billen. Auch die Zeitung müsse noch immer in Deutschland ausgetragen werden. "Ich ruiniere mit einem Mindestlohn keinen einzigen Arbeitsplatz", ist sich Billen sicher. Ausnahmen könnten aber dort gemacht werden, wo wirklich die Gefahr drohe, dass der jeweilige Arbeitsplatz sonst verloren ginge. Billen denkt dabei an geringstqualifizierte Handlangerjobs in Betrieben, die ähnlich wie Behindertenarbeitsplätze vom Staat bezuschusst werden könnten.

Das Problem niedriger Löhne mit dem Argument der Sittenwidrigkeit anzugehen, hält der CDU-Kreischef für wirkungslos: "Schwarzarbeit ist auch sittenwidrig - und findet in Mengen statt", sagt er. Auch eine Ausweitung des Entsendegesetzes lehnt Billen ab: Das Gesetz verursache "unglaubliche Bürokratie", die den Betrieben eigentlich nicht zuzumuten sei. Wenn die Tarifparteien versagten, müsse eben der Staat "ein Stück Tarifunfähigkeit ersetzen", argumentiert Billen. Außerdem gebe es bereits jetzt Bestimmungen zur Sittenwidrigkeit. Sie würden aber nicht eingesetzt oder seien schlicht wirkungslos, meint auch Vorstandsmitglied Zolk. Und weil diese Instrumente versagten, "werden wir um einen Mindestlohn nicht herumkommen", ist er sich sicher. Warum sich also, allen Argumenten zum Trotz, die Bundesspitze noch immer dagegen wehrt? Das liege wohl auch an den "Abgrenzungsbestrebungen" zur SPD, glaubt Zolk. Vor allem aber findet er: "Die Bundesspitze hat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt."